

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	7. Sitzung Hauptausschuss
	Termin:	14. Juli 2015, 16:30 Uhr
		Öffentlich
	Ort:	Ständehausaal
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

4.

Punkt 2.3. der Tagesordnung: KOD - Stellung, Aufgaben, Befugnisse
Punkt 2.4 der Tagesordnung: Akzeptanz KOD in der Bevölkerung
(mündlicher Bericht)

Beschluss:

Der Hauptausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft die Tagesordnungspunkte 2.3 und 2.4 zusammen zur Behandlung auf.

Herr Dr. Weiße (Ordnungs- und Bürgeramt) berichtet anhand einer Präsentation über die Stellung, Aufgaben und Befugnisse des Kommunalen Ordnungsdienstes sowie im Rahmen eines Exkurses über das Betteln in Karlsruhe.

Frau Dr. Wiegelmann-Uhlig (Amt für Stadtentwicklung) stellt anhand des 3. Sachstandsberichts zur öffentlichen Sicherheit und Ordnung 2014 die Akzeptanz des KOD aus Bürgersicht vor.

Stadträtin Wiedemann (CDU) stellt die Frage, ob die Einsatzstärke für die vielfältigen Aufgaben des KOD ausreichend sei. Aufgrund des unsicheren Empfindens der Bevölkerung in Daxlanden dränge sich ihr auch die Frage auf, ob der KOD nicht verstärkt in den äußeren Stadtteilen eingesetzt werden könne.

Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke) stellt fest, dass das Thema KOD in den letzten Jahren bereits viel und kontrovers im Gemeinderat diskutiert wurde. Ihm sei viel lieber, dass der KOD in den Straßen herumlaufe und bei der Ordnung mithelfe, als dass die Stadt irgendwelche privaten Sheriffs engagiere oder Kameras installiere. Bis heute sei jedoch eine Frage offen geblieben. Er möchte wissen, ob es zwischen dem Land und den Städten unterschiedliche Einschätzungen hinsichtlich der Personalstärke gebe und warum eine Landesaufgabe kommunal finanziert werden müsse. Wenn er die Polizei brauche, rufe er die Nummer 110. Die Nummer vom KOD sei ihm nicht bekannt. Die Forderung nach solchen

Instrumenten sei bisher immer von der konservativen Seite und immer speziell vor Wahlen gekommen.

Stadträtin Dr. Leidig (GRÜNE) teilt mit, dass die GRÜNEN dem KOD weiterhin eher kritisch gegenüberstehen. Sie finde es schade, dass man, um das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung zu erhöhen, einen kommunalen Ordnungsdienst brauche. Sie denke, es gebe andere Gruppen, die die Aufgaben professioneller und gezielter lösen könnten. Der vorangehende Bericht habe ihr vor allem gezeigt, dass durch die Fragestellungen vorrangig an dem subjektiven Sicherheitsempfinden angesetzt und sich vornehmlich hierfür interessiert werde. Sie hätte sich eine Darstellung bzw. Fragestellung gewünscht, die im Ergebnis zeige, wo tatsächlich eine Entlastung und Abschreckung durch den KOD vorliege.

Stadtrat Bernhard (AfD) erklärt, die Einführung und der Ausbau des KOD sei sinnvoll. Die Akzeptanz zeige deutlich, dass dies von der Bevölkerung gewünscht werde. Die Frage, warum die Stadt den KOD ausbauen müsse, sei ganz klar. Die Landesregierung spare im Sicherheitsbereich und verlagere die Kosten auf die Kommunen. Deshalb seien die Städte gezwungen, mehr in die Sicherheit zu investieren. Er gebe Stadträtin Dr. Leidig recht, da es ihm auch lieber sei, wenn die Landespolizei stärker ausgestattet werde und die Stadt somit Gelder sparen könne. Die entscheidende Frage für ihn sei jedoch, warum sich die Menschen in Karlsruhe im Verhältnis von 2009 zu 2014 subjektiv unsicherer fühlen. Er wolle wissen, ob die Frage gestellt und welche Schlüsse gezogen wurden.

Stadtrat Konrad (GRÜNE) möchte wissen, inwiefern durch eine engere Nachbarschaft eine Möglichkeit bestehe, das Sicherheitsempfinden zu erhöhen. Ebenso wolle er nochmals betonen, dass er Kameras als kritisch betrachte. Durch Kameras zeichne man lediglich Verbrechen auf, könne diese jedoch nicht direkt verhindern. Eine Kamera im ÖPNV mache für ihn nur dann Sinn, wenn jemand die Aufzeichnung verfolge und sofort entsprechend reagieren könne.

Frau Dr. Wiegelmann-Uhlig (Amt für Stadtentwicklung) antwortet, die Frage könne nächstes Mal aufgegriffen werden.

Der Vorsitzende ergänzt, es gebe durchaus Fragestellungen dazu, was im direkten Wohnumfeld beobachtet wurde. Ihn verwundere im Zusammenhang mit dem persönlichen Empfinden jedoch, dass es von der Anzahl der Tatbestände keine große Zunahme gebe. Deshalb interessiere ihn, ob die Personen ihre Lebenssituation gesamt als unsicherer einschätzen oder es mit realen Erfahrungen zu tun habe. Er schlage vor, die Fragestellung künftig aufzunehmen.

Seines Erachtens mache es jetzt keinen Sinn, in Stadtteilen mit einer subjektiv erlebten Unsicherheit, den KOD zur Lösung einzusetzen. Er schlage eher vor, diese Zahlen auf den Bürgerversammlungen zu reflektieren. Es sei erstaunlich, dass plötzlich Räume, die man als unsicher empfinde, zugenommen hätten, da es die Parkanlagen bereits vor sechs Jahren gegeben habe und es nicht zu mehr Delikten in Parkanlagen gekommen sei.

Für ihn sei weiterhin wichtig, den Punkt Verunreinigung und Schmutz zukünftig auf die Agenda zu nehmen.

Stadtrat Wohlfel (KULT) bemerkt, er erkenne keine Korrelation zwischen Einsatzorten des KOD und der subjektiv empfundenen Unsicherheit bzw. Sicherheit. Es gebe zwar einen KOD, der positiv wahrgenommen werde, aber trotzdem stelle er kein effektives Mittel dar, um das Sicherheitsempfinden zu verbessern.

Stadträtin Wiedemann (CDU) entgegnet, dass die Antwort auf eine Fragestellung laute: „Ich fühle mich sicherer, wenn der KOD in der Nähe ist.“

Der Vorsitzende entgegnet, dies sei eine klare Antwort zur Fragestellung.

Städtratin Dr. Leidig (GRÜNE) möchte wissen, was mit der weiteren Maßnahmenumsetzung in der Vorlage gemeint sei.

Der Vorsitzende antwortet, das Thema solle vor allem in den Stadtteilen diskutiert werden. Weiterhin wolle man bei der nächsten Befragung Fragestellungen einbeziehen, die erklärbar machen, warum das Unsicherheitsempfinden zunehme. Das Thema Müll und Verschmutzung solle zukünftig intensiver einfließen und bearbeitet werden. Auch solle in diesem Zusammenhang das Thema Unsicherheitsempfinden im ÖPNV in den zuständigen Gremien reflektiert werden.

Stadtrat Honné (GRÜNE) äußert sich dahingehend, dass es im Vergleich zu den Vorjahren tatsächlich unsauberer in Karlsruhe geworden sei. Jedoch falle ihm der Müll in Karlsruhe im Vergleich zu anderen Städten nicht so auf. Er empfehle einen interkommunalen Vergleich, eine größere Maßnahme sei seines Erachtens jedoch nicht erforderlich.

Der Vorsitzende stellt klar, dass keine größere Maßnahme angestrebt werde, sondern die Thematik bei nachfolgenden Diskussionen berücksichtigt werden solle. Er sehe einen interkommunalen Vergleich schwierig, möchte jedoch auch hier einen entsprechenden Weg finden.

Er bedankt sich und stellt, nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, die erfolgte Kenntnisnahme fest.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten
3. August 2015